



Wahlspeck für Rentner

Arbeitsminister Olaf Scholz verspricht: „Die Renten werden nicht gekürzt!“ Blüm sagte: „Die Renten sind sicher!“ Politikersprüche.

Das im Eiltempo beschlossene Gesetz zur sogenannten Rentengarantie riecht nach Wahlspeck. 20 Millionen Rentner sind ebenso viele Wählerstimmen, und die wollen bedient werden so kurz vor den Wahlen.

Die Unruhe unter diesem wichtigen Wählerpotential ist gewachsen. Immerhin, sechs Jahre hintereinander mussten die Rentner eine reale Senkung ihrer Renten hinnehmen: Drei Nullrunden, sonstige Abzüge und die Teuerungsrate bewirkten, dass der reale Wert der Renten von Jahr zu Jahr sank.

Der „Aufschwung“ ging an den Rentnerinnen und Rentnern vorbei. Seit 2003, dem konjunkturellen Tiefpunkt, bis einschließlich 2008 verminderte sich die Realrente um fast zehn Prozent. Selbst wenn man die reale Rentenerhöhung 2009 (+1,5%) gegen-

rechnet, verloren die RentnerInnen seit 2003 eine volle Monatsrente (-8,4%) an Kaufkraft.

Ausgehend von der dramatischen Wirtschaftskrise droht nun in diesem Jahr ein Absinken der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme um 2,3%. Nach der bisherigen Rentenformel würde dies zu einer Senkung der Renten im nächsten Jahr führen.

Hauptgrund für das Absinken der Lohnsumme ist die starke Zunahme der Kurzarbeit, womit die Entlassung vieler Beschäftigter trotz Wirtschaftskrise verhindert werden soll, aber nur aufgeschoben wird. Doch das soll jetzt doppelt besser werden, mit einer Rentenerhöhung und einer Rentengarantie. Im Juli 2009 gibt es nun erstmals eine Rentenerhöhung, die über mikroskopische Dimensionen hinausgeht: +2,41% im Westen; +3,38% im Osten. Wenn die Lebenshaltungskosten wieder steigen (2008 +2,6%), wird auch diese Rentenerhöhung bald aufgeessen.

Nur zwei Meldungen

Armutsbereich

Deutschland fällt beim Lebensstandard immer weiter auseinander, viele Landkreise im Osten und Nordwesten stecken in einem „Teufelskreis der Verarmung“, warnt der Paritätische Gesamtverband.

„Deutschland droht den sozialen Zusammenhalt zu verlieren, das ist eine gefährliche Entwicklung“. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. „Deutschland ist tief gespalten, und das nicht bloß zwischen Ost und West.“ 20 Jahre nach dem Mauerfall sei Deutschland nicht länger zwei-, sondern dreigeteilt.

Aber auch:

Mehr Geld für den Krieg

Deutschland gibt einer Studie zufolge so viel Geld wie nie zuvor für militärische Zwecke aus. Zudem verdienen deutsche Firmen mit Rüstungsexporten Milliardensummen. Der Verteidigungsetat lege seit 2006 stetig zu und habe in diesem Jahr mit rund 31,2 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Ein großer Teil – rund 5,3 Milliarden Euro – sei für neue Waffensysteme vorgesehen. Auch die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, die sich 2007 auf 911 Millionen Euro beliefen, werden weiter steigen.



„Opel-Rettung“ mit vielen Unbekannten

„Opel-Rettung in letzter Minute“ stand in der Presse. Offen bleiben viele Fragen. Sicher ist: Opel ist noch nicht aus dem Loch. Viele Opelaner aber, werden hineinfallen und abstürzen.

Nach dieser der „Rettung“ gibt es keine Mitbestimmung und keine Job-Garantie, aber ein angekündigter Abbau von mindestens zehn Prozent der Arbeitsplätze.

Es gibt keinen wirksamen Einfluss der betroffenen und zahlenden Bundesländer und kaum Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand. Dafür aber Milliarden-Kredite aus Steuermitteln. Kein Grund also für Jubel.

Es bleibt wichtig: Der Kampf um die Arbeitsplätze und der Einstieg in eine Belegschaftsbeteiligung muss weitergehen.



Der bundesweite Streik in Kindertagesstätten und anderen kommunalen Einrichtungen, bei dem sich auch die Beschäftigten aus unserer Stadt beteiligten (Foto) war notwendig und richtig. Der Arbeitskämpfer hielt die Solidarität aller Gewerkschafter. Viele Eltern hatten Verständnis für die Streikenden und ihre Forderungen: „Arbeit darf nicht krank machen - Von Arbeit muss man leben können“. Die ErzieherInnen stellten die Frage, welchen Stellenwert Arbeit in dieser Gesellschaft hat. Über diese Frage wird jetzt auch in anderen Branchen nachgedacht und gehandelt.

Für eine politische Wende

100 000 Menschen aus allen Teilen der Republik demonstrierten in Berlin gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen.

In der bürgerliche Presse gab es zu diesem Ereignis bestenfalls eine Randnotiz. Protest soll einfach nicht stattfinden. Wenn doch, dann wird er durch provozierte Ausschreitungen isoliert, und wenn das nicht gelingt, dann wird er totgeschwiegen. Die Herrschenden befürchten, dass der Funke überspringen könnte. Denn überall im Lande regt sich Unmut und Protest.

Am 28. März waren es noch 60 000, die in Frankfurt am Main und Berlin demonstriert hatten.

An den 1.-Mai-Kundgebungen des DGB hatten sich schon deutlich mehr Menschen beteiligt als im Vorjahr.

Und jetzt haben die Menschen in Berlin den Herrschenden deutlich gemacht: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“.

Dazu muss man die Metaller zählen, die vor der Demonstration während der Arbeitszeit gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnabbau demonstrierten: 16 000 in Baden-Württemberg und 6 000 in Nordbayern. Dazu kommen 13 000 Studierende in Bayern, die für die Abschaffung der Studiengebühren auf die Straße gegangen sind. Über 15 000 ErzieherInnen machten mit ihrem bundesweiten Warnstreik darauf aufmerksam, dass sie bereit sind, mit einem unbefristeten Streik für ihre Forderungen zu kämpfen.

Im September werden die nächsten zentralen Aktionen folgen.

Die DKP, als Teil der Bewegung, wird ihren Beitrag zum Aufbau einer politischen Alternative und der Einleitung einer politischen Wende leisten.

Lesenswert

Wochenzeitung der DKP
 Probeexemplare:
 Neue Impulse Verlag
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen



Warteliste bei Kinderbetreuung

Seit Jahren gibt es Kinderhorte in Mörfelden-Walldorf. Sie sind aus einer Privatinitiative entstanden. Sie sind oft die Voraussetzung, dass Eltern berufstätig sein können. Die Berufstätigkeit (vor allem der Frauen) hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten vermehrt. Da ist einmal die Befreiung von der traditionellen Rolle der Frau an Haus und Herd. Die Emanzipation der Frauen. Die Tatsache, dass eine Auszeit im Beruf die Abkopplung aus dem erlernten Beruf bedeutet. Die Einkommenssituation der Familie, die eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile bedingt.

Die Warteliste für die Kinderhorte ist lang. Eine Abhilfe seitens der Stadt wurde mit der Einführung der „Betreuten Grundschule“ geschaffen. Diese wurde jetzt per Stadtverordnetenbeschluss ausgeweitet. Langfristig – so darf man hoffen – wird eine Ganztagschule dieses freiwillige städtische Angebot ersetzen.

Anmerken muss man allerdings die hohen Gebühren, die für die Eltern entstehen. Ein Betreuungsplatz von 7.30 bis 13.00 Uhr kostet 60,- € pro Monat. Eine Betreuung bis 16.00 Uhr 189,- € dazu 55,- € für den Mittagstisch. Mit 244,- € pro Monat sind die Eltern oft überfordert. Rentiert sich dann noch eine Erwerbstätigkeit? Es trifft vor allem Eltern, die auf eine zusätzliche Arbeit/Einkommen angewiesen sind.

Wir wissen natürlich, dass diese Betreuungseinrichtung mit dem Angebot und Kosten der Kinderhorte konkurriert. (Die Gebühren sind dieser Einrichtung angeglichen.) Bildungseinrichtungen sollten nach dem Gesetz kostenfrei sein.

R. D.

blickpunkt

Wir freuen uns auf Leserbriefe.

Aktive Kernbereiche

Das Land Hessen bildete einen Zuschussstopf für die Aufwertung der Innenstädte. Auch Mörfelden-Walldorf bewarb sich um die Förderung. Warum soll man sich nicht um Zuschüsse bemühen? Sechs Millionen Euro ist der Topf groß, der in acht Jahren zur Verfügung steht. Die Kommunen sollen durch Eigenmittel Investitionen tätigen, die dann vom Land bezuschusst werden. Froh war man im Rathaus, dass unsere Stadt unter den Förderungswürdigen liegt. Inzwischen ist Ernüchterung einge-

Sehenswert
500 Fotos aus
unserer Stadt
im Netz
www.dkp-mw.de

kehrt. Waren ursprünglich 10 Kommunen angedacht, so sind es jetzt 20. Der Förderungstopf allerdings ist gleich groß geblieben. Also nur die Hälfte an Zuschüssen pro Kommune ist zu erwarten. Jetzt sind auch die Richtlinien bekannt geworden. Ein extrem hoher Verwaltungsaufwand ist nötig, mit auswärtigen Büros und jährlich zu stellenden Zuschussanträgen. Es ist die Frage zu stellen, ob es sich überhaupt lohnt. Die Innenstädte veröden immer mehr. Grund sind die großen Märkte an der Peripherie, die den eingesessenen Geschäften in der Innenstadt den Garaus machen. Mit Bemühungen wie sog. Marketingmaßnahmen oder Attraktivitätsverbesserungen der Innenstädte kann man die Fehler nicht wieder korrigieren. Aber ein Umdenken in den verantwortlichen Stellen hat noch nicht stattgefunden.

R. D.

Planfeststellung für IC-Strecke

Vom 25. 5. bis 24. 6. 09 liegen die Planunterlagen für die IC-Strecke Flughafen-Mannheim im Rathaus aus. Jeder Bürger kann Einsicht nehmen, kann etwaige Bedenken/Änderungen anmelden.

Die Strecke Zeppelinheim-Weiterstadt (13 km) soll also der Beginn der Zukunftstrasse werden. Sie führt von Zeppelinheim aus östlich der BAB 5. Die Trasse und die notwendigen Brückenbauwerke werden viel Wald in Anspruch nehmen. Der Badensee wird angeschnitten. Ausgleichsflächen liegen überwiegend weit entfernt in Hanau, Bruchköbel, Erlensee und Münster. In unserer Stadt wird eine Entlastung der jetzigen Riedbahnstrecke erwartet. Der RMV könnte dann in kürzeren Abständen und pünktlicher verkehren. Leiser wird es für die Anwohner kaum, denn man rechnet mit mehr Güterverkehr.

Ob die Neubaustrecke auch bis Mannheim gebaut wird - und das in einem vertretbaren Zeitraum - steht dahin. Möglicherweise wird die IC-Strecke das gleiche Schicksal erfahren wie die Autobahn, die in Egelsbach endet.

R. D.

Achtung Satire!

Liebes Tagebuch,
Was haben das neueste Debakel in der Eurovision de la Chanson, sorry der Songkontest mit der deutschen Politik gemeinsam?

Deutschland tritt in beiden Disziplinen an unter dem Motto: Wie gewollt und nicht gekonnt. Also nix mit Obamas „We can!“ Sehen wir uns den Sieger des europiden Sangerstreites an.

Ihm wurde nachgesagt, er sei ein Harry Potter der Musik. Dabei hat sein verdienter Sieg nichts mit Zauberei zu tun. Er täuschte nicht vor zu tun was er tat. Er tat es. Und zwar beneidenswert gut.

Er hat Europa mit seiner Vision, der Geschichte, die er erzählen wollte, lawinenartig mitgerissen und damit einen Rekord aufgestellt.

Und was war jetzt das Geheimnis? Gar kein Geheimnis!

Mit seiner Stimme käme er zwar bei DSDS (RTL) nur mit Müh und Not aufgrund Dieters Gnaden ins Recall. Fiedel hin Fiedel her.

Der Sieger brauchte dennoch keine bemalte Hupfdohle in Unterwäsche.

Er brauchte eine Vision, Optimismus, Leidenschaft und eine erzahlenswerte Geschichte. Und etwas ehrliche Bescheidenheit als Zierde.

Was hatten wir zu bieten seit dem einzigen Grand Prix Sieg?

Kommerz. identitatsfreien, massentauglichen, verkäuflichen und vorgekauften Musikbrei. Mal mit mehr oder weniger appetitlichen Interpreten.

Der Grand Prix lebt aber von der Identität der musikalischen Volksvertreter, denn die Musiker vertreten ihr Volk.

Deutschland hat aber nicht nur musiktechnisch seit Nicoles „Ein bißchen Frieden“ nie wieder zu solch authentischer Identität gefunden.

Wie auch?

Deutschland hat keine eigenständige Identität. Der letzte der visionär die deutsche Identität in den Vordergrund stellte war auch ein Schlag ins Wasser. Und zwar von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.

Kunst kommt von Können und nicht von Wollen, sonst hieße sie Wunst.

Wunst?

Klingt wie WUMS, das neueste Motto der Bündnis Grünen. Das klingt wie BAMS. BAMS ist die ultimative Fliegenklatsche für die letzte agile graue Zelle. Wer keine eigene Meinung hat, kann sie für kleines Geld am Kiosk kaufen und ein Bier darin einwickeln.

WUMS, klingt wie der Witz von der Spapartei, der aber am Ende das Lachen vergangen ist, als die FDP beim Auszählen der Wahlzettel immer wieder ein „No Points!“ ertete und plötzlich keinen Spaß mehr verstand.

Und wieder drängeln sich alle in der Mitte um den kleinen Mann und erschlagen ihn mit Wahlgeschenken.

Die SPD erinnert sich so kurz vor der Wahl mal wieder an die für die sie immer wieder verprellt und verrät. Jetzt, vor der Wahl will plötzlich jeder den Rentnern und den Hartz IV Empfängern Geld nachwerfen.

Letztes Jahr war bei Anne Will (ARD) sogar die Sprache vom Entzug des Wahlrechts für Transferleistungsempfänger. Mit Fairneß hat der Spuk längst nichts mehr zu tun. Jeder Politiker hat zur Zeit seinen Prekariatsproblemkuschelbar zum Streicheln und Schmusen. Und nach der Wahl kommt er ungeliebt auf den Hartz IV Müll.

Und die Stimmen werden immer lauter die sagen: „Verabschieden wir uns von der Eurovision und auch von dem Grand Prix!“ Aber die Stimmen derer, die sich vor Jahren schon von ihrem Wahlrecht verabschiedet haben, die hört man nicht.

Denn es hat WUMS gemacht. Das Superwahljahr ist das Geburtstagsjahr des ultimativen identitatsfreien Geburtstagskindes.

Das identitatsfreie Deutschland in dem identitatsfreie Parteien von einem identitatsfreien Volk gewählt werden.

Deutschland sucht den Superkanzler und jeder Bürger kann Dieter Bohlen spielen.

Und wie bei Deutschland sucht den Superstar (RTL) und dem Grand Prix geht es auch bei der Bundestagswahl nur um den Kommerz, statt um Visionen. Und daher sind deutsche Interpreten in der Musik wie in der Politik nur kommerzieller Einheitsbrei. Diatisch, geschmacksfrei und leicht wieder hochzuwurgen.

Mir schwant es, daß es bei der Europawahl auch ausgeht wie beim Grand Prix  Germany: No Points!

Yes we can?

No we can't!

Wir können nur kopieren und das sogar schlechter als die Chinesen.

Wir brauchen keinen Obama!

Wir, in unserer Leidkultur, sollten den Weg zu uns selbst finden, leidenschaftlich und ehrlich zu uns stehen. Und das ganz kommerzfrei mit einer Prise Bescheidenheit. Dann klappt es mit dem Grand Prix und vielleicht sogar mit unserer Politik.

Deine Heike

Autor(in): Inezz Tanja Fellner

Wieder soll Wald verschwinden

Gerade wurde bekannt, dass die Sehring-Kiesgrube erneut vergrößert wird. Waren ursprünglich 50 ha zur Auskiesung angemeldet, sind es jetzt 83 ha. Damit wird Wald in Richtung Walldorfer Brunnenanlage auf ewig verschwinden. Die Gefahren für das Trinkwasser steigen und auch die Schadstofffilter in Form von Laubwald. Wie viel Waldverlust hält unsere Region eigentlich noch aus? Im Kreis Groß-Gerau gibt es einen Rahmenplan für den Rohstoffabbau. Dieser bedroht unsere Kommune z.Zt. nicht. Es sind vielmehr die Eingriffe in der Nachbarschaft (Kreis Offenbach-Langen und Darmstadt-Dieburg-Gräfenhausen). R.D.

Die Linkspartei.Offene Liste im Kreistag hat zum Thema Kiesabbau u.a. folgende Vorschläge eingebracht:

„Nach unserer Ansicht ist die Bestandsaufnahme zum Kiesabbau und seinen Auswirkungen im Kreis Groß-Gerau unvollständig.

Wir schlagen vor, in die Bestandsaufnahme alle abgeschlossenen Abbauf্লachen im Kreis mit ihren Folgelasten bzw. Nachnutzungen aufzunehmen. Beispielfhaft seien genannt einige ehemalige Kiesgruben in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf wie der heutige Badesee Walldorf, die ehemalige Kreismulldeponiesamt angrenzenden Gewässern und der „Bornbruchsee“ einschließlich des Kalksandsteinwerks Dr. Blasberg/Dreher mit seinen Erweiterungsplanen.

Ebenso sollte aufgenommen werden eine umfassende Darstellung der Kiesabbau- und Lagerflächen in unmittelbarer Nähe der Kreisgrenzen z.B. Langen (Sehring), Gräfenhausen usw. und ihre Auswirkungen auf den Kreis Groß-Gerau.

Auftretende Widersprüche und sich ausschließende Interessen müssen erörtert werden. Klar ist, dass Kiesabbau ein profitables Geschäft ist. Beim Thema „für und wider“ ist in jedem Falle eine „Gesamtbelastungsstudie“ vorzunehmen, bei der alles in die Rechnung eingesetzt wird,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 4

was eine zerstörerische Ausbeutung der Natur, aber auch die Belastung der Infrastruktur (z.B. Straßen) an Folgen mit sich bringt.

Kosten und negative Begleiterscheinungen sind detailliert zu ermitteln und von denen zu tragen und auszugleichen, die auch die Gewinne machen.

Auch bei „Nachnutzungen“ muss geklärt sein, wer die Kosten trägt.

Die Verantwortung für den Nachweis der Nachnutzung samt Finanzierung, aber auch für etwaige Folgeschäden liegt bei den Kiesabbauenden Unternehmen.

Es ist keinesfalls hinnehmbar, dass ausgebeutete Kiesgruben den Kommunen übertragen werden und die „Rekultivierung“ aus öffentlichen Kassen erfolgt.

Abzusichern ist, dass dies auch im Falle von Aufgabe, Verkauf oder Insolvenz eines Betriebs ggf. durch nachgewiesene Bürgschaften oder Risiko-Versicherungen gewährleistet ist.

Die Auswirkungen auf Natur und Landwirtschaft durch nicht rückgängig zu machende Veränderung der Landschaft sind deutlicher herauszustellen. Insbesondere die Entwicklung von Verkehrsaufkommen im Falle „touristischer“ Vermarktung von Wasser- und Freizeitflächen und die „Arbeitsplatzbilanz“.

In den „Leitlinien und Forderungen“ ist der „Zeithorizont“ für den Planungszeitraum kürzer zu fassen auf maximal 10 Jahre.

Die Aussagen zu Verpflichtungen und Auflagen für die Kiesunternehmen sind verbindlicher zu formulieren und für Belastungen wie Schwerverkehr auf Ortsdurchfahrten sind Grenzen zu setzen.

Die Planungshoheit der Städte und Gemeinden ist zu beachten und zu stärken.“

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

**Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstraße 2
64546 Mörfelden-Walldorf
Telefon 06105/23366**

Akteneinsicht

... hatte die DKP/LL-Fraktion beantragt. Der Bürgermeister hatte Bedenken und holte eine Rechtsmeinung ein, nach der Akteneinsicht in laufenden Angelegenheiten nicht zulässig ist. Die Mehrheit des Stadtparlaments gab sich damit zufrieden. Es gibt also erst mal keine Einsicht in die Akten zu Vorgängen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Baulandumlegung im geplanten Baugebiet „Am Walldorfer Weg“. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben: In der Sache, die zur Akteneinsicht benannt war, hatte Herr Schlempp vom Städte- und Gemeindebund keine Bedenken angemeldet. Wir kommen darauf zurück. GS

Sperrmüll auf Abruf

... wird es nach dem Ergebnis der Umfrage der Stadtverwaltung wohl eher nicht geben. Wie auf Nachfrage vom Ersten Stadtrat zu hören war, kamen von 15.000 ausgegebenen Karten ca. 5.000 zurück, weit über 80% sprachen sich für die Beibehaltung der bisherigen „Straßensammlung“ aus. Wir finden das gut. Die Verwaltungsspitze und die SPD/Grüne-Koalition sind gut beraten, dieses deutliche Signal ernst zu nehmen und die von ihnen ins Gespräch gebrachte Änderung des Abfuhrsystems zu den Akten zu legen. GS

Friebe lässt Parkplatze räumen

Die Stadt musste jetzt den Behelfsparkplatz auf dem Grundstück des Herrn Friebe an der Liebermannstraße räumen und an anderer Stelle neu anlegen. Wir wissen nicht, warum der Bauinteressent auf seine Eigentumsrechte gepocht und auf dieser zurzeit sinnlosen Bautätigkeit bestanden hat. Offenbar war es ihm ein Bedürfnis, der Stadt unnötige Arbeit und Kosten zu machen. Eigentlich ziemlich arm. HG

Schöne Aussichten

Bei Vorlage des Aufstellungsbeschlusses zum geplanten „Netto“-Markt am Vitrollesring kam vor allem heraus, dass es sich - anders als bisher von der Stadt erklärt - bei der angrenzenden Wohnbebauung um ein „reines Wohngebiet“ handelt. Die Befürchtungen, dass mehr Verkehr und Lärm durch Anlieferungsfahrzeuge und Einkaufswagen droht, werden bestätigt. Deshalb muss jetzt eine Lärmschutzwand von 4 m Höhe und 55 m Länge eingeplant werden. „Schöne Aussichten“ für die Anwohner des Einkaufsmarkts, von dem SPD und Grüne allerdings nicht abrücken wollen. Das reine Wohngebiet in Stadtrandlage wird eingemauert. Die DKP/LL-Fraktion unterstützt die Forderung der Anwohnerinnen und Anwohner, die Planungen zu stoppen.

Gedenktafeln für Euthanasie-Opfer

... gibt es erst mal nicht. SPD und Grüne haben den Antrag der DKP/LL abgelehnt und in der Sache an die Arbeitsgruppe verwiesen, die sich mit dem Gedenken an alle Opfer des Naziregimes befassen soll. Die Arbeitsgruppe ist allerdings immer noch nicht berufen. Insoweit kann die Sache dauern. Wir werden darauf achten, dass dieser Beschluss keine „Bererdigung erster Klasse“ ist. Das Gedenken an alle Opfer des Naziregimes in unserer Stadt - vor allem auch der politisch Verfolgten - bleibt auf der Tagesordnung. Die CDU will von alledem nichts wissen. Sie lehnte auch die Verweisung an die Arbeitsgruppe ab. GS

**Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.
Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553**

Meinung kann man kaufen

Schnüffelei, Kontrollwahn und „Landschaftspflege“:

Geschäftsmodelle nicht nur des Bahnkonzerns.

Auch die Fraport AG beherrscht diese Methode perfekt.

Heute wissen wir: Die Beschlüsse zur Bahnprivatisierung kamen auf der Grundlage von Manipulation des Parlaments und der Öffentlichkeit zustande

Die Deutsche Bahn AG macht einen neuen Anlauf zur Privatisierung. Gleichzeitig wurde bekannt, im Jahr 2007 wurden mindestens 1,3 Millionen Euro für verdeckte Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Bahnprivatisierung ausgegeben. Die Gelder wurden für vorproduzierte Medienbeiträge ausgegeben, die von Print-, aber auch elektronischen Medien übernommen wurden. Es wurden Le-

serbriefe pro Bahnprivatisierung verfaßt und in Gazetten und auf Internet-Foren plaziert. Die Aktivitäten der Bahn wurden von einer – von der DB AG verdeckt finanzierten – Agentur namens EPPA (European Public Policy Advisers GmbH) organisiert. Ein Unterauftragnehmer von EPPA war Berlinpolis, eine Gruppe, die sich als „unabhängige und eigenverantwortliche Denkfabrik“ bezeichnet. Hier wurden Steuergelder „investiert“, um den Bundestag privatisierungsfreundlich zu stimmen. Offenkundig kontrolliert der Eigentümer Bund nicht die Bahn, sondern die Bahn – mit der Auto- und Flugzeuglobby im Hintergrund – nimmt massiv Einfluß auf Regierung und Parlament. Mit Demokratie hat das nichts zu tun. Aberso neu ist das nicht. 1985 wurde publik, daß zwei Top-Journalisten der westdeutschen Medienlandschaft, Peter Boenisch (u.a. Bild am Sonntag, später Regierungssprecher der Kohl-Regierung) und Rainer Günzler (Autotester im ZDF) viele Jahre lang heimlich vom Daimler-Konzern finanziert wurden – mit dem erklärten Ziel der Auftraggeber, die „Autofeindlichkeit in systemkritischen Teilen der Öffentlichkeit abzubauen“. Der damalige Chef der Eisenbahnergewerkschaft, schrieb darauf: „Wen nimmt es noch Wunder, wenn es eine vernünftige Bahn- und Verkehrspolitik so schwer hat, sich gegen die von der Autoindustrie gekaufte Meinung Gehör zu verschaffen.“ Solche Töne hätte man gerne auch von der GdED-Nachfolgeorganisation Transnet während der Debatte um die Bahnprivatisierung gehört. Tatsächlich unterstützte Transnet die Bahnprivatisierung. Als Dankeschön wechselte Transnet-Chef Norbert Hansen ins Top-Management der Bahn.

Die aktuellen Enthüllungen bedeuten auch, daß die – heute noch gültigen – Beschlüsse zur Bahnprivatisierung von Bundesregierung und Bundestag auf Basis der Manipulation von Öffentlichkeit, Parlament und Regierung gefaßt wurden. Die Strukturänderung bei der Bahn AG mit der Ausgliederung der DB Mobility Logistics (Nah-, Fern- und Güterverkehre), die im Frühjahr 2008 vorgenommen wurde, erfolgte ausschließlich mit Blick auf eine schnelle Bahnprivatisierung. Bleibt es bei den Beschlüssen und bei dieser Änderung der Konzernstruktur, so kann eine spätere Bundesregierung gleichsam über Nacht eine weitreichende Bahnprivatisierung durchziehen – obgleich die Grundlagen dafür nachweislich auf illegitime Art und Weise zustande kamen.

Fraport kann es auch

Während Fraport Beton in den ehemaligen Bannwald gießt, wird das Umland regelrecht durch den „Kakao gezogen“.

In der Fraport-Zeitung „Start frei“ und in teuren Beilagen in überregionalen Zeitungen gibt es eine kaum zu überbietende Kampagne. Man findet Fraport-Anzeigen „Erfahren sie die Schönheit unserer Landschaft“.

Die „Nachbarn des Flughafens“ können lesen: Es werden „gebietsheimische Grassamen“ benutzt und gerdetes Holz wird als „Ökoholz“ in die umliegenden verbleibenden Waldbestände gebracht, damit Käfer und Spechte einen Lebensraum finden. „Jeder einzelne Frosch wird gezählt“, heißt es und eine Fraportbiologin geht in die Schulklassen um mit Kindern zu „arbeiten“.

Wenn man weiß, dass viele Zeitungen ums Überleben kämpfen, kann man sich vorstellen was man mit Anzeigenserien und Beilagen, für die Millionen ausgegeben werden alles erreichen kann. Auch beim Hessischen Rundfunk und bei privaten Sendern gibt es ständige Flughafenbeiträge - von Fraport finanziert.

Wie es dann mit der „Freiheit der Medien“ aussieht, kann man sich denken.



„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h.

die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

K. Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3, 47.

„Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“

K. Marx, Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, 9.



„Was ihr den Geist der Zeiten heißt, - Das ist im Grund der Herren eigner Geist, - In dem die Zeiten sich bespiegeln.“

J. W. v. Goethe

Der Flughafen rückt näher



Am 8. Mai 2009 gab es den „1. Spatenstich“ für die neue Bahn mit Roland Koch. Die Ausbaueegner waren auch da (Bild). Auf der Kundgebung sagte R. Hechler u.a.:

„In den letzten Wochen haben immer mehr Menschen die riesigen Rodungsflächen gesehen. Der Waldverlust ist schwer zu tragen. Man hat mit den modernsten Geräten den Wald niedergemacht, obwohl vor dem Verwaltungsgericht in Kassel noch Verfahren anstehen.

Die Älteren unter uns wissen: Der Flughafen frisst sich wie ein Braunkohle-Tagebau durch die Landschaft und wird damit nicht von selbst aufhören.

„Nach dem Ausbau ist vor dem Ausbau“ schrieb die Presse, und wir wissen, das ist traurige Realität.

Wie kriminelle Bankmanager, so haben auch Flughafenausbau-Manager gehandelt. Keiner der Ökonomen und Politiker auf dieser Welt weiß, wie lange die Krise dauert und was noch kommt.

Bender, Koch und andere wissen es auch nicht. Aber für sie gab es keinen Gedanken an einen Aufschub.

Die kapitalistische Globalisierung verlangt es, sagen sie. Jeder will den größten Flughafen haben, koste es, was es wolle.

Wer hier mitschwimmt macht sich schuldig. Das vergessen wir nicht! Wir können nur weiter mahnen und sagen:

Die Menschen in unserer Region werden den geplanten Flugverkehr bei Tag und Nacht nicht aushalten. Deshalb: Das Verhalten von Fraport



und der Ausbau-Politiker in Wiesbaden ist unverantwortlich.

Deshalb: Der Kampf gegen den Ausbau muss weitergehen!

Hier sind viele die die Ausbaugeschichte genau kennen.

Ja es stimmt: Alle 25 Jahre neue Rodungen, neue Niederlagen, neue Enttäuschungen, weitere Resignation. Wer diese Rodungen in ihrer ganzen Dramatik gesehen hat, muß daran erinnern:

Wir wurden belogen und betrogen. Erst hieß es: „Kein Baum wird mehr fallen!“. Dann: „Nie wieder dürfen solche Großprojekte gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt werden!“ Später forderten viele Parteien: „Ausbau nur auf dem Flughafengelände!“

Alles „Schnee von gestern?“ ...

Die Ausbaubetreiber in den Parteien die Waldvernichter - dürfen den Satz: „drohende Klimakatastrophe“ nie mehr in den Mund nehmen, denn der Wald ist als Klimaregulator unverzichtbar.

Bald werden wir merken, wie sich das Kleinklima verändert und wieder Wind über die Flächen zwischen Main und Walldorf pfeift.

Können wir da ruhig sein, sollen wir da schweigen?

Bei den Flughäfen ist es im Kapitalismus wie in anderen Sparten. Jeder gegen jeden. Die Politik regelt nicht, sie erfüllt die Wünsche des Kapitals. Die Bedingungen für das Wachstum des Flugverkehrs haben sich jetzt zunächst radikal verändert.

Nur darauf reagiert man nicht - so kann Profitgier zu einer milliarden-

schweren Fehlinvestition führen, deren Kosten überwiegend auf die Steuerzahler durchschlagen werden.

Das Risiko des Ausbaus tragen nicht Koch oder Fraportchef Bender - die Steuerzahler sind letztlich die Betroffenen. Die Manager, die heute den Ausbau durchziehen wollen, sind wahrscheinlich in 10 Jahren nicht mehr dabei - aber sie hinterlassen ein unbewohnbares Flughafenumfeld.

In Wiesbaden haben die Ausbaubetreiber Oberwasser. CDU, FDP, SPD kämpfen entschieden für die neue Ausweitung. Wir stellen fest: Viele Politiker fordern den Ausbau, die weit weg vom Flughafen leben. Sie kennen oft wenig von der Geschichte des Flughafens. Sie heben die Hand und sind lediglich Erfüllungsgehilfen der Fraport und der Finanzkreise die dahinterstehen. ...

Nach diesem heutigen Tag hofft man bei der Fraport und anderwo, dass wir sagen: „Das wars nun!“

Wir sagen, täuscht euch nicht!

Wir werden nicht ruhig sein!

Wir werden nicht schweigen!“

Fraport-Chef Bender schließt „Ausbau nach dem Ausbau“ nicht aus

Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der Fraport, hat einen „Ausbau nach dem Ausbau“ am Frankfurter Flughafen nicht ausgeschlossen. „Möglich ist das, es kann nicht Ziel von Politik sein zu sagen, es gibt keinen Ausbau mehr“, sagte Bender dem „Wiesbadener Kurier“.

Stadtgeschichten



Diesen Sommer feiert die SKV-Fußballabteilung „100 Jahre Fußball in Mörfelden“. Als dieses Foto an einem Sonntagmorgen im Juli des Jahres 1939 entstand, waren bereits dreißig Jahre nach der Gründung des ersten Fußballvereins in Mörfelden vergangen. Die Begeisterung für diesen Sport war nach wie vor ungebrochen, jedoch hatte sich in unserem Land vieles verändert. Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, wurden schon bald alle Parteien, aber auch alle Arbeitervereine verboten. Der Rest wurde gleichgeschaltet. Es entstand der „Deutsche Reichsbund für Leibesübungen“ mit „Führerprinzip“ und „Arierparagraphen“. In Mörfelden war daraufhin schon bald ein deutlicher Rückgang im Vereinsleben festzustellen. So kam es wohl auch zu dem Zusammentreffen junger Fußballbegeisterter im „Lindenstück“. Dies war ein freier Platz, links im Wald am Ortsausgang in Richtung Gräfenhausen. Dort wollten die „Löwen“, ein schon im Jahre 1919 gegründeter Fußballverein, einen Sportplatz errichten, bekamen aber von der Gemeinde am Egelsbacher Weg hierfür Gelände zugewiesen. Der Platz im „Lindenstück“, oder im „Linnestick“, wie die alten Mörfeldersagen, wurde noch bis in die 1960er Jahre als Bolzplatz genutzt. Auf dem Foto sind acht fußballbegeisterte junge Männer zu sehen, bis auf einen alle „Sachsenhäuser“. Dies waren die Bewohner südlich von Gäns- oder Mühlbach (anlehnend an Frankfurt, südlich des Mains liegt „Sachsenhausen“). Es sind v. l. Ernst Meffert, Philipp Völker, Heinrich Kuhl, Billa Jourdan (die Wirtin der Gaststätte „Zum Löwen“, die den Ball spendierte), Georg Kunz, Hermann Schulmeyer, Philipp Kümmel, Peter Knodt, Georg Egner. Das Bild entstand nur wenige Tage bevor Deutschland den verbrecherischen zweiten Weltkrieg begann. Alle Abgelichteten mussten in den Krieg, zwei davon kehrten nicht mehr zurück.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

10. Juni
Die Malerin Gabriele Münter
Bildervortrag von Renate Haack
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 3 Euro, ermäßigt 2,- Euro

13. Juni
Konzert: African Fire Drummers
Original afrikanische Musik:
Highlife- Reggae-Tanz
Beginn: 20 Uhr (Einlass 19:30 Uhr)
Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4,- Euro

18. Juni
Das Vinyl wird gerettet
Schallplattenabend
Thema:
33 Jahre Neue Deutsche Welle
Beginn: 20 Uhr

20. Juni
Sinan und Felix von Aygen-Sibel Celik
Lesung für Kinder mit der Autorin
Beginn: 16 Uhr
Eintritt: 3 Euro, ermäßigt 2,- Euro

Unser Lexikon

Schbrisch

Er is em Dod grad
noch emol
vunn de Schibb
gehibbt.